

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Appell an die Verrunft</u> Zu Ollenhauers Rede auf dem SPD-Parteitag	46
- 3a	<u>Auftakt</u> Rund um den Parteitag der SPD in Köln Foren: Im Gespräch mit der Nation	127
3a - 4	<u>Brückenschlag Köln - Berlin</u> Die Grosskundgebung des Deutschlandtreffens	62
	* * *	
- 6	<u>"Cde an die Freude"? - Öffentlich!</u> Nachrichten-Satelliten vor dem Start Von Herbert Matthes	69
7	<u>Der Auslandsbericht:</u> <u>Frankreichs neue Position in Nordafrika</u> Tanzien zwischen Marokko, Mauretanien und Paris Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	41

* * *
* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Appell an die Vernunft

Zu Ollenhauers Rede auf dem SPD-Parteitag

G.M. -- Wie stets auf Parteitagern der SPD hat ihr Vorsitzender Erich Ollenhauer schon in den ersten Stunden des Kongresses von Köln jene Atmosphäre des Vertrauens und der Solidität zu schaffen gewußt, die eine der entscheidenden Voraussetzungen für das legitime Streben einer politischen Partei in der Demokratie nach Übernahme der Verantwortung im Staat ist.

Das starke Gefühl für den Wert von Realitäten, eine Eigenschaft, die Erich Ollenhauer besonders auszeichnet, überträgt dieser Mann von seiner Partei auf die Nation. Der so oft von Adenauer Angegriffene greift den Bundeskanzler nicht an. Er fordert von der CDU/CSU, daß sie die Bürde der Staatsführung von den Schultern des 86jährigen nimmt, weil die Nation eine neue Führung braucht.

Das ist viel mehr als "Parteienstreit"; das ist der Appell an die Vernunft der Männer und Frauen einer politischen Gruppe in der Bundesrepublik, die sich an die Machtausübung gewöhnt hat und noch nicht in ihrer Gesamtheit zu begreifen scheint, daß der ehrenvolle Rücktritt Adenauers für unser Volk und für die deutsche Politik besser ist, als die Konservierung einer Symbolfigur.

Die Rede Ollenhauers enthielt kaum einen "Gag"; sie war nicht spektakulär im Sinne einer "Abrechnung". Hier wurden Tatbestände dargestellt, es wurden Tatsachen beim Namen genannt, deren Existenz heute nicht einmal mehr in den Reihen der stärksten Regierungspartei verheimlicht werden kann.

Seit der letzten Bundestagswahl verlor die CDU/CSU die absolute Mehrheit. Seit diesem Tage präsentiert sich die Politik der Regierung Adenauer als ein heilloses Durcheinander, als eine Kette von Pannen, deren tiefste Ursache in der Konzeptionslosigkeit der gegenwärtigen Staatsführung zu suchen ist.

Die Zeit ist vorüber, da man den schon immer historisch und mit Leistungen begründeten Anspruch der SPD auf die Übernahme der Verantwortung im Staat mit einer Handbewegung abzutun gedachte. Der Opferwille und die gestaltende Kraft der Sozialdemokratie ist heute das feste und vertrauenswürdige Fundament der deutschen Demokratie. Nur mit Blindheit beschlagene können sich und anderen noch weismachen wollen, eine Anregung, eine Kritik oder eine programmatische Erklärung der SPD, sei nur Taktik. Der nach oft sehr harten Diskussionen als Politik der Sozialdemokratie deklarierte Wille dieser Partei ist das Ergebnis eines ständigen Ringens um die bessere und gerechtere Ordnung unseres Staatslebens. Wäre es jemals anders gewesen, die deutsche Sozialdemokratie hätte nicht die alle Grundfesten unseres Seins erschütternden Stürme des vergangenen Jahrhunderts überstehen und immer mächtiger werden können.

Die Tradition des Guten verbindet sich hier zu einer starken und vorwärtsdrängenden Kraft mit dem Gestaltungswillen des Neuen. Erich Ollenhauers Rede in Köln machte dies bewußt, gab diesem Gefühl einen überzeugenden Ausdruck. Die Delegierten und Gäste in der großen Kongresshalle zeigten dem SPD-Vorsitzenden ihre Dankbarkeit dafür, daß er dieses Band von der stolzen Vergangenheit der Sozialdemokratie zum Heute und zum Morgen immer fester bindet.

Auftakt

Rund um den Parteitag der SPD in Köln

ler - Mag sein, dass auf diesem 10. Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit zum Unterschied von früheren Parteitagen Elemente hochgradiger Spannung nicht allzu deutlich sichtbar werden. "Rechtschlächter" kämpferischer Temperamente werden sich an einem Richtungsstreit wohl nicht entzünden. Das ist seit den unvergesslichen Tagen von Godesberg, die dieser Partei ein neues Gesicht und ein den Notwendigkeiten der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts angepasstes Programm gaben, ausgesprochen. Mancher Ballast wurde damals abgeworfen. Andererseits: die Verknüpfung dieser Partei, einst das wirksamste Mittel ihrer Bekämpfung, gewahrt in den Rumpelkasten der Geschichte. Jene, die da glaubten, auf dieses Mittel doch nicht verzichten zu können, wurden durch den Ausgang der Bundestagswahlen gründlich widerlegt. Die SPD steht mitten in der deutschen Nation und wirkt für die ganze Nation. Ihre grösste Kraftquelle liegt in der jungen, morgen politische Verantwortung übernehmenden Generation. Diese Partei bereitet sich, erfüllt von Zuversicht und Vertrauen auf die eigene Kraft, auf die Durchführung noch grösserer Aufgaben vor.

* * *

Die Rolle der deutschen Sozialdemokratie und ihr Gewicht als ein politischer und moralischer Faktor in der deutschen Politik findet im befreundeten Ausland starke Beachtung. Viele in Bonn und Godesberg befindliche Botschaften und Gesandte sind durch Beobachter auf diesem Parteitag vertreten und zwar in grösserer Zahl als in früheren Jahren. Der Alldruck unserer Freunde im Ausland, die zuende gehende Ära Adenauer könnte zu einer schweren Gefährdung der deutschen Demokratie führen, das bestehende Eindeutigkeitssystem durcheinanderbringen, ist nicht gerechtfertigt. Das Erscheinungsbild der deutschen Sozialdemokratie im Ausland hat sich gewandelt. Sie gilt nun als eine Partei, der man wohl zutraut, die deutsche Demokratie vor einem neuen Niedergang zu bewahren, aber von der man auch belebende Impulse für eine deutsche Mitbeteiligung bei der Sache nach Erhaltung des Friedens und der Stärkung von Demokratie und Freiheit im Ringen gegen totalitäre Gewalten erwartet. Vertreter sozialistischer Parteien aus 17 europäischen und aussereuropäischen Ländern kamen nach Köln; nicht hinzu-gezählt die auf dem Parteitag gleichfalls erschienene internationale Frauen-Delegation, zu der auch Frauen aus Japan und Indien gehören - sichtbarer Beweis für die weltweite Beachtung, die Ziele und Wirken der deutschen Sozialdemokratie finden.

* * *

Die deutsche Sozialdemokratie führt seit der Verabschiedung des Godesberger Programms das grosse Gespräch mit allen gesellschaftlichen Gruppen unseres Volkes, mit allen jenen, die zur Willensbildung unseres Volkes beitragen. In allen Bereichen unserer industrialisierten Gesellschaft wirken verantwortliche Männer und Frauen, die Gehör beanspruchen dürfen. Bei dem ersten Deutschlandtreffen der SPD in Nürnberg wurde zum ersten Male die Idee der Forumgespräche praktiziert. Man machte damit glückliche Erfahrungen. Sie verlockten die Veranstalter des zweiten Deutschlandtreffens zur Wiederholung.

In der Kölner Wolkenburg trafen sich die **K o m m u n a l p o l i -**
i k e r. Der grosse Saal war überfüllt; erfahrene und erfolgreiche
kommunalpolitiker hielten kurze Einleitungsreferate. Die Gefährdung der
Landschaft im Industriezeitalter, die Folgen der wachsenden Verstädte-
rung, die anhaltende Bedrohung der Gesundheit aller durch Luftverpestung,
Wasserunreinigung und Lärm in den Großstädten und industriellen Bal-
lungsgebieten, die besonders durch den Zug vom Land zur Stadt gezeichne-
te Lage grosser Randgebiete gaben die Stichworte für eine Diskussion, in
der es nicht um die grossen Fragen der Weltpolitik ging, wohl aber um
die Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger in grossen und kleinen Gemeinwe-
sen. Wenn das so oft gebrauchte Wort, die Gemeinden seien die Keimzellen
der Demokratie, nicht zur Phrase erstarren soll, dann muss noch unendlich
viel geschehen, um es mit blutvollem Leben zu erfüllen. Man muss den
Gemeinden die Möglichkeit geben, den grossen und den kleinen, mit ihren
Sorgen fertig zu werden. Gewiss, hier gibt es keine Patentrezepte, keine
für Stadt und Land gleichwertige Lösungen.

Das kommunalpolitische Forum mit den Bundestagsabgeordneten **W i e -**
b r a n d als Diskussionsleiter brachte allen Teilnehmern - die meisten
von ihnen stehen als Praktiker in der Kommunalpolitik - eine Fülle von An-
regungen und erweiterte bei manchen den Blick für grössere Zusammenhänge.
Bei allen stand der Gesichtspunkt im Vordergrund, dass mit der Gesund-
erhaltung von Volk und Staat in der Gemeinde begonnen werden muss. Dies
ist keine parteipolitische Zielsetzung, sie entspricht einem Grundafor-
dernis unserer modernen Industriegesellschaft.

* * *

Das **S p o r t f o r u m**, geleitet von Kölns Oberbürgermeister
Theo B u r a u e n, erhielt sein charakteristisches Merkmal dadurch,
dass nach den einleitenden Kurzworträgen von **Willy B r a n d t**, Prof.
Dr. H e i n d e l l, Prof. **Dr. Carl D i e m** und dem Frankfurter
Oberbürgermeister **Manfred B o c k e l m a n n** 17 Diskussionsredner
sprachen, die als Vertreter ihrer Vereine und Verbände zahlreiche prak-
tische Einweise für die Durchführung des "Goldenen Planes" gaben. Auch
hier: das grosse Gespräch zwischen der Sozialdemokratie und allen Schich-
ten unseres Volkes ist im Gange. Ausser dem Dank für die Initiative der
SPD beim Zustandekommen des Goldenen Planes wurden Warnungen an die Adres-
se der Bundesregierung laut. Während Länder und Gemeinden die im Rahmen
des Goldenen Planes übernommenen Verpflichtungen erfüllen, ist der Bund
beträchtlich im Rückstand geblieben. "Wir müssen darauf achten, dass die-
ses schlechte Beispiel des Bundes nicht die guten Sitten der Länder und
Gemeinden verdirbt; sonst wird die Gesundheit unseres Volkes auf der
Strecke bleiben". Es ging bei diesem Gespräch nicht etwa nur um die Sor-
gen der Vereine oder um die Frage, wie man die jetzt erschreckend niedri-
ge Zahl von knapp zehn Prozent aktiven Turnern und Sportlern erhöhen
kann. Im Hintergrund aller Überlegungen und Anregungen stand das Bemühen,
der Gesundheit des ganzen Volkes dienen zu wollen. Das war und ist auch
der Sinn des Strebens der Sozialdemokratie nach Erweiterung der Themen-
stellung des politischen Gesprächs auf Probleme, die man allgemein nicht
als "Politik" zu bezeichnen pflegt.

* * *

27. Mai 1962

Im Zeichen der Vollbeschäftigung und der knappen Arbeitskräfte scheint es, als wollte man Eulen nach Athen tragen, wenn sich das A r -
b e i t n e h m e r f o r u m mit Fragen der Sicherheit des Arbeits-
platzes, der Arbeits- und Alterssicherung, Bildung, Ausbildung und beson-
ders der Berufsausbildung befasst. Doch auch dem skeptischen Zuhörer zeigt
sich sehr bald, dass auch Begriffe wie Vollbeschäftigung, die uns in
Sicherheit wiegen, zu gern global verwandt werden und doch die Wirklich-
keit nicht decken.

Es gibt heute nicht nur die Altersarbeitslosigkeit der Angestellten -
wir haben uns kalt an sie gewöhnt - nicht nur die Krise im Kohlenbergbau
und der Textilindustrie, die auch dort Altersarbeitslosigkeit bringen.
Doch hier sind es besonders die alten Arbeiter, Handwerker, die der Kri-
se, der durch sie erzwungenen weiteren Rationalisierung, zum Opfer fal-
len, weil sie dem neuen Arbeitstempo nicht mehr gewachsen sind. Die Jun-
gen aber wandern freiwillig ab, weil sie den Arbeitsplatz nicht mehr ge-
sichert sehen. Was hier, jedermann sichtbar, bei Textil und Kohle, beim
Eisenerz geschieht, sich in der Stahlindustrie ankündigt, trifft heute
bereits weniger sichtbar auch andere Industriezweige und morgen ganz si-
cher j e d e n anderen.

Aber so wie die Wirtschaft ihre kostensparenden Investitionen plant -
L o h n kostensparende - so hätte sie, mit den Betriebsräten und Mitbe-
stimmungsorganen auch die sozialen Konsequenzen zu durchdenken, ob das Un-
ternehmen betriebliche, die Länder- und Bundesregierung jedoch sozialpoli-
tische Vorsorgemaßnahmen zu treffen habe. Das bedeutet für den Bundesge-
setzgeber soziale Investitionsplanung, Maßnahmen für alte Arbeitnehmer wie:
Rehabilitation, Umschulungsbeihilfen, Umsetzungsbeihilfen, die das bisherige
Einkommen sichern, eventuell Herabsetzung der Altersgrenze für die Inva-
liden- und Angestelltenversicherung; für die Landesregierungen: Vermeidung
von Monerzeugung und Ansiedlung neuer Industrien, Bereitstellung von
Siedlungsgelände bei neuen Industrien, aber auch Ausbildungs- und Schu-
lungsstätten für andere Tätigkeiten der älteren Arbeitnehmer. - Damit ist
die Vielfalt der hier auftauchenden Probleme längst nicht umrissen. Das
hier mit dem Arbeitnehmer geführte Gespräch hat dem Parteitag, der Partei
insgesamt und ihren Organen un den Parlamenten Anregung gegeben und Auf-
trag erteilt für die Sicherheit des Arbeitsplatzes weiterhin initiativ zu
bleiben.

Brückenschlag Köln - Berlin

Die Grosskundgebung des Deutschlandtreffens

L. Sch. - Zwischen dem erhabenen mittelalterlichen Dom und dem kühn-
modernen Neubau des Opernhauses in Köln erreichte am Samstagnachmittag des
zweite Deutschlandtreffens der SPD seinen Höhepunkt. Im Bild und in den An-
sprachen der sozialdemokratischen Grosskundgebung spiegelten sich gleich-
falls eine gesicherte und zu Stolz berechtigende Tradition sowie entschlos-
sener, weltöffener Gestaltungswillen einer modernen Volkspartei.

Die auf etwa 100 000 Menschen geschätzte Menge auf den Plätzen und
Strassen zwischen Dom und Oper empfing den ehemaligen Reichstagspräsidenten
Paul L ö b e und den Regierenden von Berlin, Willy B r a n d t
spontan mit Beifallskundgebungen; in der ersten Reihe der Tribüne sah man
den hochverdienten weisshaarigen hanseatischen Sozialdemokraten Max
F r a u e r zwischen den jungen Senatoren Klaus S c h ü t z aus Ber-
lin und Helmut S c h m i d t aus Hamburg; unter ihnen entrollte der
85-jährige Fahnensticker Wilhelm F a u s t aus dem Hamburger Stadtteil

Gross-Borstel, SPD-Mitglied seit 1896, sein liebstes Werk: die Fahne des
heimischen Ortsvereins, mit der er seit Jahren zu den festen Bestandteilen
der sozialdemokratischen Grossveranstaltung gehört. Hinter den Sitzplätzer
reicher Parteiveteranen drängten sich dicht an dicht viele junge Men-
schen und bestätigten allein vom äusseren Eindruck her, was die SPD seit
Jahren mit Genugtuung und Zuversicht erfüllen darf: sie geniesst bei der
jungen Generation das grösste Vertrauen.

* * *

Die aus allen Teilen des freien Deutschland gekommenen Gruppen von
Sozialisten forderten auf Transparenten "Freiheit für Heinz Brandt",
den nach Ost-Berlin verschleppt und dort mit einem Terror- und Unrechts-
teil misshandelten Gewerkschaftsjournalisten. "Berlin grüsst Köln" stand
auf einem anderen Spruchband, hinter dem eine Gruppe von mehreren hundert
Berliner "Sternfahrern" zum SPD-Deutschlandtreffen ihren Willy Brandt zur
Tribüne begleiteten. Noch ein Gruss von der Spree: die Schöneberger Sängere-
naben. Ihre musikalische Aussage, dass Bonn als Hauptstadt bestimmt zu
sein sei, veranlasste die Kölner keineswegs zu Proteststürmen! Sie beglei-
teten mit anhaltendem Beifall jedoch die Feststellung ihres Oberbürgermei-
sters Theo B u r a u e n, dass die Sozialdemokraten am Wiederaufbau und
Ausbau ihrer schönen Stadt einen entscheidenden Anteil haben. Sie bestätig-
ten in gleicher Weise den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für die
abstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, KdL Heinz K ü h n,
dass die CDU auch in diesem grössten Bundesland Versäumnisse gegenüber den
schaffenden Menschen auf sich geladen hat, die sie jetzt unter Propagie-
rung von der SPD übernommener Forderungen auf Kosten der Steuerzahler ver-
schleiern möchte. Mit der Verkündung eines sozialdemokratischen Regierungs-
programmes für das Land an Rhein und Ruhr durch den Spitzenkandidaten Heinz
Kühn wurde das Kölner Deutschland-Treffen zum verheissungsvollen Auftakt
des Wahlkampfes für den 8. Juli!

Willy B r a n d t gab seiner Gewissheit Ausdruck, dass auch in die-
sem Bundesland schliesslich die politischen Kräfte bestimmen werden, die
sich dem Fortschritt verschrieben haben und denen damit die Zukunft ge-
hört. Auch hier werde sich die grosse Wende zum Wohle des ganzen deutschen
Volkes erfüllen, weil Opposition gegen Erstarrung und Verwirrung heute
nicht nur Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten, sondern aller Bürger ist,
denen die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt. Willy Brandts Gruss an
die Deutschen jenseits der Schandmauer und des Stacheldrahts war mit der
Zakündung verbunden, dass die Sozialdemokratie ein Berlinterreffen vorbe-
reitet, das symbolisch für den unverzichtbaren Anspruch auf die Durchfüh-
rung künftiger Parteitage in Chemnitz, Leipzig oder Dresden stehen solle.

Erich C l i e n h a u e r konnte angesichts der vieltausendköpfi-
gen Menge von der in fast einem Jahrhundert bewährten Solidarität und Opfer-
willigkeit deutscher Sozialdemokraten und der Verankerung ihrer Ideen in
Herzen und Hirnen eines grossen Teiles unseres deutschen Volkes sprechen.
Als am Abend hunderte von Omnibussen strahlenförmig die Domstadt verlies-
sen, fuhr die Zuversicht mit hinaus in alle Teile des freien Deutschland,
dass der Sieg der Sozialdemokratie keineswegs nur aus der Schwäche ihrer
politischen Gegner, sondern aus der Stärke der eigenen Sache erwartet wer-
den kann.

+ + +

"Ode an die Freude"? - Hoffentlich!

Von Herbert Matthes

Raketen sind keine Erfindung der Neuzeit. Schon vor Jahrhunderten waren sie in China als "Feuerpfeile" bekannt. Damals erfüllten sie ausschliesslich kriegerische Aufgaben. Über den Einsatz von Raketen bei der Beschiessung von Kopenhagen anno 1807, das erste Auftreten felärmarsch-mässiger Raketen-Batterien am Khaiberpass im indischen Kolonialkrieg, den Abschuss deutscher V-Waffen im zweiten Weltkrieg bis zur Erprobung und Herstellung neuzeitlicher Massenvernichtungsmittel sind die Raketen dieser überaus negativen Zweckbestimmung treu geblieben. Abgesehen von Vorschlägen und Plänen, Raketen als Beförderungs- oder Rettungsmittel einzusetzen - wie etwa im Dienste der Post oder der Küstenwache -, wurden in der Vergangenheit enorme Beträge von fast allen Ländern ausgegeben, um die Zerstörungskraft der Raketen zu letzter Vollkommenheit zu steigern. Ein einziges Experiment in dieser Richtung verschlingt bis zu 100 Millionen Dollar.

Auch den jüngsten Raumfahrt-Projekten liegen zumeist Absichten zugrunde, die auf mehr oder minder direkte Weise die militärische Schlagkraft eines Landes erhöhen sollen. Das ausschliesslich "zivile" Raumschiff gibt es noch nicht. Es wäre angesichts des gegenwärtigen Zustandes der zwischenstaatlichen Beziehungen auch kaum vorstellbar, wenn nur annähernd gleichgrosse Summen zur Förderung gemeinnütziger, friedlicher und internationaler Zwecke von den Regierungen bereitgestellt würden. Was bisher an Satelliten in den erdnahen oder planetarischen Raum "geschossen" wurde, hat vorwiegend den strategischen Interessen der an solchen Versuchen beteiligten Nationengedient.

"Telestar" mit Beethoven

Die Amerikaner haben nun ihre Absicht bekanntgegeben, Ende Juni einen Fernseh-Satelliten zu starten. Dieser "Telestar" soll nach Mitteilung der US-Raumfahrtbehörde direkte Fernsehübertragungen zwischen Amerika und Europa ermöglichen. Mit einem unabstreitbaren Sinn für dramatische Inszenierung haben die US-Manager sich einen besonderen "Gag" ausgedacht: der letzte Satz von Beethovens Neunter Sinfonie mit Schillers "Ode an die Freude" soll das Fernseh-Satelliten-Programm stilvollendet einleiten. Der

"Telestar" wird damit zugleich ein kulturell wertvolles Gebilde. - Auch die Sowjets haben ähnliche Pläne; allerdings ist noch nicht bekannt, welche Hymne von ihnen gewählt wurde.

Bildübertragungen

Kein Kenner der Verhältnisse wird indessen glauben, dass lediglich aus Gründen der Vertiefung kultureller Beziehungen derart kostspielige Raketen-Versuche unternommen werden. Es stehen vielmehr die militärischen Kommandostellen im Hintergrund, die genau wissen wollen, ob und wie interkontinentale Bildübertragungen möglich sind. Rein wirtschaftlich ist der Ausgang dieses Satelliten-Experiments ebenfalls von grossem Interesse. Die amerikanische International Telephone and Telegraph Corporation (ITT) ist schon seit längerem der Ansicht, dass katapultierte Erdtrahanten durchaus rentable Nachrichtenübermittler sein können.

Kalkulationen

Den diesbezüglichen Erwartungen der ITT liegt folgende Kalkulation zugrunde: Die ersten brauchbaren Satelliten dürften etwa drei bis vier Millionen Dollar kosten. Hinzugerechnet werden müssen die Vorbereitungs- und Abschusskosten von rund 120 Millionen Dollar, die sich jedoch mit fortschreitender Verbesserung der Raketentechnik schrittweise und spürbar vermindern werden. Rund 30 Millionen Dollar erfordert weiter der Aufbau der Bodenstationen. Die ersten funktionsfähigen Nachrichten-Satelliten werden somit weitaus teurer sein als eine späterhin lückenlos "installierte" Nachrichtenbrücke. Die Mindest-Investitionen, berechnet für drei Satelliten, ist auf etwa 60 Millionen Dollar zu veranschlagen. Die jährlichen Betriebskosten für das Gesamtsystem hofft man auf 20 Millionen Dollar begrenzen zu können. Aus Moskau hat man natürlich noch nichts von Kostenberechnungen gehört.

Ogleich solchen Kalkulationen viele Risiken anhaften, sind sie in ihrer Zweckbestimmung weitaus erfreulicher als die von den Nur-Militärs ermittelten Kostenfaktoren für die Zerstörung eines rüstungswirtschaftlich und strategisch bedeutsamen Terrains durch Raketenwaffen. Sollte es in den nächsten Wochen gelingen, die "Ode an die Freude" von Amerika nach Europa störungsfrei zu übermitteln, dann ist zu wünschen, dass derart reifende und gute Kontakte nicht ausschliesslich militärisch ausgewertet und verwendet werden. Nachrichten- bzw. Fernsehsatelliten scheinen auch eine zivile Zukunft zu haben. Unter diesem Aspekt wäre die vorgesehene Übertragung der anspruchsvollen Tondichtung berechtigt.

Frankreichs neue Position in Nordafrika

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die erregenden Ereignisse nach dem Salan-Prozess und die Vorgänge in Algerien haben die Bemühungen Frankreichs um ein neues Verhältnis zu Marokko und Mauretanien in den Hintergrund gedrängt. Nach dem Staatsbesuch des Königs von Marokko war dieser Tage der Präsident Mauretaniens in Paris.

Diese neue afrikanische Republik ist der wichtigste Zankapfel zwischen Paris und Rabat. Die marokkanische Regierung betrachtet Mauretanien als marokkanische Provinz und fordert ihren Anschluss. Die neue Republik erreichte aber mit Unterstützung nicht nur Frankreichs, sondern auch Tuniens und einer Reihe anderer afrikanischer Staaten die Anerkennung der Unabhängigkeit durch die Vereinten Nationen.

De Gaulle und Hassan II.

Im Laufe des Besuches Hassan II. bei de Gaulle dürfte sich ein Kompromiss in dieser Frage angebahnt haben, umso mehr als sonst die Beziehungen zwischen Paris und Rabat besser denn je sind. Die französisch-marokkanischen "Gipfelbesprechungen" standen selbstverständlich in Zeichen der bevorstehenden algerischen Unabhängigkeit, die gerade für Rabat eine Reihe lebenswichtiger Probleme stellt. Der Bürgerkrieg der OAS im Westen Algeriens beunruhigt Hassan II., der von Paris ein rasches und gründliches Durchgreifen forderte. Andererseits bedeutet das Entstehen einer wahrscheinlich radikalisierten algerischen Republik eine Bedrohung der marokkanischen Monarchie. Die marokkanische Opposition will mit Unterstützung der FLN zur politischen Offensive gegen das marokkanische Königshaus übergehen.

Ebenso wie Tunis sucht auch Rabat Verständnis und Anlehnung in Paris gegen eine allzu stürmische Entwicklung und Ansteckungsgefahr der algerischen Revolution. Dies ist das wichtigste Bindeglied zwischen dem offiziellen Frankreich und den gemässigten Kräften in Nordafrika in der gegenwärtigen Phase der Entkolonialisierung.

Wüstenrepublik mit verborgenem Reichtum

Mauretanien ist bis jetzt noch eine ausgesprochene Wüstenrepublik: zweimal so gross wie Frankreich mit nur 800 000 Einwohnern, 600 000 Kaurern und 200 000 Negern, in der "Hauptstadt" Nouakchott 6 000 Einwohner, in der grössten Siedlung Atar knapp 10 000. Mauretanien muss die wichtigsten Lebensmittel einführen, insbesondere Getreide, Zucker, Öl. Es erzeugt sehr wenig Mais, Gummi, Hirse und hat etwas Viehzucht. Der Reichtum des Landes ist noch verborgen: 150 Millionen Tonnen Eisenerz, die ab nächstem Jahr mit sechs Millionen t jährlich von der MIFERMA, einer "mauretanischen" Gesellschaft mit französischer, deutscher, britischer und italienischer Beteiligung ausgebeutet werden sollen, Kupfervorkommen von schätzungsweise 18 Millionen t und möglicherweise auch Erdöl.